



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel 15.7.2024
C(2024) 5148 final

Ihre Exzellenz
Stéphane Séjourné
Minister für Europa und auswärtige
Angelegenheiten
37, Quai d'Orsay F-75351 Paris
Frankreich

Betreff: Notifizierung 2024/0208/FR

Bezugsrahmen für Altersverifizierungssysteme

**Abgabe von Bemerkungen gemäß Artikel 5 Absatz 2 der
Richtlinie (EU) 2015/1535 vom 9. September 2015**

Exzellenz,

Im Rahmen des Notifizierungsverfahrens gemäß der Richtlinie (EU) 2015/1535 ⁽¹⁾ übermittelten die französischen Behörden der Kommission am 15. April 2024 den Entwurf eines Beschlusses der der Regulierungsbehörde für audiovisuelle und digitale Kommunikation (Arcom) zur Einrichtung eines „Referenzrahmens für Systeme zur Altersüberprüfung“ (im Folgenden „der notifizierte Entwurf“).

Der Mitteilung zufolge soll mit dem notifizierten Entwurf Artikel 1 des Gesetzes Nr. 2024-449 vom 21. Mai 2024 zur Sicherung und Regulierung des digitalen Raums (im Folgenden „Gesetz SREN“), das der Kommission unter den Referenznummern mitgeteilt wurde, umgesetzt werden. 2023/352/FR, 2023/461/FR und 2023/632/FR). Das SREN ermächtigt Arcom zur Einrichtung und Veröffentlichung eines Referenzrahmens, in dem die technischen Mindestanforderungen für Altersverifizierungssysteme festgelegt sind, um sicherzustellen, dass pornografische Inhalte, die ein Anbieter eines Kommunikationsdienstes der Öffentlichkeit unter seiner redaktionellen Verantwortung online zur Verfügung stellt oder die von einem Videoplattformdienst im Sinne von Art. 2 des Gesetzes Nr. 86 1067 vom 30. September 1986 über die Kommunikationsfreiheit bereitgestellt werden, für Minderjährige nicht zugänglich sind. Der notifizierte Entwurf betrifft diese technischen Anforderungen.

¹) Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft, ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1.

Im Zusammenhang mit dem notifizierten Entwurf ersuchte die Kommission die französischen Behörden am 29. April 2024 um zusätzliche Informationen, um Klarstellungen zu folgenden Fragen einzuholen: vorgesehen präsentiert. Die Antworten der französischen Behörden vom 13. Mai 2024 und die am 13. Mai 2024 übermittelten zusätzlichen Informationen, zusätzlich zu den am 12. Juli 2024 übermittelten ergänzenden Informationen werden in der anwesend Bewertung.

Die Prüfung der einschlägigen notifizierten Bestimmungen hat die Kommission zu folgenden Stellungnahmen veranlasst.

1. Einleitung

Der notifizierte Entwurf enthält die technischen Anforderungen an die Altersverifizierungssysteme in Umsetzung von Artikel 1 des Gesetzes SREN, das der Kommission gemäß der Richtlinie (EU) 2015/1535 unter den Referenznummern mitgeteilt wurde. 2023/352/FR, 2023/461/FR und 2023/632/FR. Mit dem notifizierten Entwurf wird dasselbe Ziel verfolgt wie die früheren Notifizierungen über die einschlägigen Bestimmungen des SREN zum Schutz Minderjähriger bei der Nutzung von Online-Diensten.

Die Kommission teilt das Ziel der mitgeteilten Bestimmungen, Minderjährige im Internet zu schützen, insbesondere vor Inhalten, die ihre Entwicklung beeinträchtigen könnten. Die Kommission stellt ferner fest, dass die Ziele der notifizierten Rechtsvorschriften eindeutig mit denen des europäischen Rechtsrahmens für Online-Dienste, insbesondere der Verordnung (EU) 2022/2065 (Gesetz über digitale Dienste, „DSA“) ⁽²⁾ und der Richtlinie 2000/31/EG (Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr) ⁽³⁾ übereinstimmen.

Der Jugendschutz gehört zu den Durchsetzungsprioritäten der Kommission im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste. Im Herbst letzten Jahres richtete die Kommission ausführliche Auskunftersuchen an die fünf sehr großen Online-Plattformen (VLOP) mit der größten minderjährigen Nutzerbasis (d. h. TikTok, Snapchat, YouTube, Instagram und Facebook), um sich nach den Maßnahmen zu erkundigen, die sie zum Schutz Minderjähriger, die ihre Dienste nutzen, ergriffen haben. Auf der Grundlage einer Bewertung der Antworten und der in den Risikobewertungsberichten eingegangenen Informationen hat die Kommission ein förmliches Vollstreckungsverfahren gegen TikTok eingeleitet (am 19. Februar ⁽⁴⁾ und 22. April 2024 ⁽⁵⁾) sowie Instagram und Facebook (am 16. Mai 2024 ⁽⁷⁾ die Kommission vermutet, dass diese Plattformen ihren Verpflichtungen aus dem Gesetz über digitale Dienste in Bezug auf den Schutz Minderjähriger nicht nachkommen. Dies schließt die mögliche Nichteinhaltung der Anforderung ein, den Zugang Minderjähriger zu unangemessenen Inhalten zu verhindern, insbesondere durch Instrumente zur Altersverifizierung.

²⁾ Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste), ABl. L 277 vom 27.10.2022, S. 1.

³⁾ Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt („Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr“), ABl. L 178 vom 17.7.2000, S. 1.

⁴⁾ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_24_926.

⁵⁾ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_24_2227.

Am 13. Juni 2024 forderte die Kommission die drei pornografischen Plattformen, die als sehr große Online-Plattformen benannt wurden, im Dezember 2023 auf, detailliertere Informationen über die Maßnahmen vorzulegen, die sie ergriffen haben, um die Risiken im Zusammenhang mit dem Schutz Minderjähriger im Internet sorgfältig zu bewerten und zu mindern, sowie Einzelheiten zu den von ihnen eingeführten Alterssicherungsmechanismen zu verlangen ⁽⁶⁾.

2. Bemerkungen

Wie in der ausführlichen Stellungnahme der Kommission zur Notifizierung 2023/461/FR dargelegt, könnte ein Mitgliedstaat in Ermangelung einer EU-weiten Lösung zur Verifizierung des Alters der Nutzer innerhalb seines Hoheitsgebiets im Einklang mit dem EU-Recht eine Übergangslösung bereitstellen, sollte aber auch einen Mechanismus zur Aufhebung oder Aufhebung nationaler Maßnahmen vorsehen, die nach der Umsetzung der europäischen technischen Lösung überflüssig werden.

Die Kommission nimmt zur Kenntnis, dass der notifizierte Entwurf im Zusammenhang mit dem Spielraum für nationale Maßnahmen angenommen würde, der in der ausführlichen Stellungnahme der Kommission zur Notifizierung 2023/461/FR angegeben ist.

Die Kommission fordert die französischen Behörden daher auf, dafür zu sorgen, dass der notifizierte Entwurf einen Mechanismus vorsieht, der es ermöglicht, die nationale Maßnahme zurückzunehmen oder aufzuheben, sobald die europäische Lösung umgesetzt ist.

Die Kommission fordert die französischen Behörden ferner auf, dafür zu sorgen, dass der Anwendungsbereich des notifizierten Entwurfs mit den Änderungen des SREN-Gesetzes in Einklang steht, um es mit Artikel 3 Absatz 4 der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr in der Auslegung des EuGH in Einklang zu bringen.⁷⁾ Insbesondere sollte, wie die jüngste Rechtsprechung des EuGH bestätigt hat, die Anwendung der Rechtsvorschriften SREN auf in anderen Mitgliedstaaten niedergelassene Anbieter nicht Folgendes betreffen: Kategorie bestimmter Dienste der Informationsgesellschaft, die allgemein beschrieben sind und unterschiedslos für alle Anbieter dieser Kategorie gelten, [Hervorhebung hinzugefügt]. Im Gegenteil, jeder Antrag auf grenzüberschreitend tätige Anbieter, die in anderen Mitgliedstaaten niedergelassen sind, muss die betreffenden Diensteanbieter sowie den Niederlassungsmitgliedstaat genau angeben und die in Artikel 3 Absatz 4 der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr festgelegten Anforderungen erfüllen.

Schließlich fordert die Kommission die französischen Behörden auf, sich weiterhin aktiv an der Taskforce zu beteiligen, die im Bereich der Systeme zur Altersverifizierung europäischer Anwendungen eingerichtet wurde, sowie an der Ausarbeitung der in Artikel 28 des Gesetzes über digitale Dienste angekündigten Leitlinien, um ein angemessenes Maß an Kohärenz bei der Anwendung dieser Bestimmung zu gewährleisten, die von der Kommission und den zuständigen nationalen Behörden gemeinsam durchgesetzt wird.

⁶⁾ <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/commission-sends-request-information-illegal-content-and-protection-minors-pornhub-xvideos-and>.

⁷⁾ Rechtssache C-376/22, *Google Irland* ECLI:EU:C:2023:835, und kürzlich bestätigt in den verbundenen Rechtssachen C-662/22 und C-667/22, *KIRBNB und Amazon* ECLI:EU:C:2024:432; Rechtssache C-663/22, *Expedia* ECLI:EU:C:2024:433; Rechtssache C-664/22, *Google* ECLI:EU:C:2024:434; Rechtssache C-665/22, *Amazon Services Europe* ECLI:EU:C:2024:435.

Die Kommission fordert die französischen Behörden auf, die vorstehenden Anmerkungen in der endgültigen Fassung des notifizierten Entwurfs und seiner Umsetzung zu berücksichtigen.

Die Kommission erinnert die französischen Behörden außerdem daran, dass sie der Kommission gemäß Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie (EU) 2015/1535 den endgültigen Wortlaut nach dessen Annahme mitzuteilen haben.

Hochachtungsvoll,

Für die Kommission

Roberto Viola
Generaldirektor für
Kommunikationsnetze, Inhalte und
Technologien